

## Politische Bilanz von drei Dekaden Septemberrevolution: weder schwarz noch weiß

Der marokkanische Regimekritiker Abraham Serfaty verfaßte 1998 eine Publikation<sup>1</sup>, in der er die seit 1994 von König Hassan eingeleiteten Liberalisierungsschritte mit der Entwicklung von „schwarz“ zu „grau“ umschrieb. Eine solche Typologisierung ist für Libyen so wenig angebracht wie die analoge Übertragung von Kanan Makiyas Beurteilung der Situation im Irak Saddam Husains unter dem Titel „Republik der Furcht“,<sup>2</sup> weil die Dimension politischer Gewalt gegen die Bevölkerung in Libyen im regionalen Vergleich auf weitaus niedrigerem Niveau verlief und es in Libyen stets auch modellhafte und positive Entwicklungen gab. In Anlehnung an Kurt Sontheimers Deutschlandstudie<sup>3</sup> ließe sich eher analog die mehrdeutige Bilanz ziehen: „So war Libyen nie“ – es war nie so gut, wie es von offizieller Seite propagiert wurde und wie es ohne zelotische ideologische Eingriffe in Politik, Wirtschaft und Gesellschaft hätte sein können. Es war aber auch nie so schlecht, wie es voreingenommene Betrachter und ihrerseits ideologisch geprägte Analysten – u.a. die amerikanischen Verfechter der Rogue-state-Klassifizierung<sup>4</sup> – sehen wollten.

Die politische Entwicklung Libyens während der letzten drei Jahrzehnte revolutionärer Transformation stellt sich dem Beobachter nicht als monolithischer Block dar, sondern läßt Phasen starker ideologischer Einflußnahme (besonders 1973, 1975-1984) und Phasen von ausgeprägtem politischen Pragmatismus (1970/71, 1987-1992, seit 1998) erkennen. Die Revolutionsführung um Mu‘ammar al-Qaddafi muß sich jedoch jenseits solcher Periodisierungen für den gesamten Zeitraum seit September 1969 der Frage stellen, was in dieser Zeit an politischer und sozioökonomischer Entwicklung erreicht wurde, wobei als Maß der Beurteilung der jeweils im Zeitablauf erreichte Grad an Herrschaftslegitimität zugrundegelegt hätte werden können. Mangels solcher empirischer Datenerhebungen muß beim Versuch einer Bilanzierung auf einen deskriptiven Ansatz zurückgegriffen werden, der gleichwohl partiell Einschätzungen der libyschen Bevölkerung aufgreift.

Unzweifelhaft positiv zu vermerken ist der unter dem RKR bzw. der Revolutionsführung geschaffene und von den Erdöleinnahmen gespeiste Wohlfahrtsstaat (massiver Ausbau des kostenfreien Bildungssystems, des Gesundheitswesens, des sozialen Wohnungsbaus usw.), auch wenn dessen quantitative und qualitative Leistungsfähigkeit unter der Wirkung der 1986 spürbar gewordenen Finanzkrise und der von 1992-1999 verhängten UNO-Sanktionen gelitten hat. Gleichwohl nimmt Libyen auf

---

<sup>1</sup> Vgl. Serfaty, Abraham: *Le Maroc, du Noir au Gris*. Paris: Syllepse 1998, 165 S.

<sup>2</sup> Vgl. Makiya, Kanan: *Republic of Fear: The Politics of Modern Iraq*. Berkeley, CA: University of California Press 1998, 359 S.

<sup>3</sup> Sontheimer, Kurt: *So war Deutschland nie. Anmerkungen zur politischen Kultur der Bundesrepublik*. Münster: C.H. Beck 1999, 262 S.

<sup>4</sup> Vgl. zu diesem Aspekt Raymond Tanter: *Rogue Regimes*. New York: St. Martin's Press 1998, 331 S.; Michael Klare: *Rogue States and Nuclear Proliferation*. New York: Hill and Wang 1995, 291 S. sowie das Themenheft von: *Internationale Politik*, Bonn, Nr. 6, Juni 1999: „Schurkenstaaten“?

dem *Index der menschlichen Entwicklung* der UNDP nach den finanziell noch weitaus besser gestellten Golfstaaten und Saudi-Arabien einen arabischen Spitzenplatz ein.

Als positiv ist auch die Frauenpolitik der Revolutionsführung zu bezeichnen, die umgesetzt wurde, obwohl sie von Anfang an von den konservativen Familien- und Stammescheichs abgelehnt wurde. In zahlreichen Reden, exemplarisch vor Frauen des Revolutionskomitees von Misurata am 14.10.1993 oder am 24.2.1999 vor weiblichen AVK-Delegierten, wies Qaddafi auf die wichtige gesellschaftliche Rolle der Frau hin. Ob in der Armee, bei der politischen Entscheidungsfindung, im Wirtschaftssektor (zur Ablösung der teuren ausländischen Arbeitskräfte), im Bildungs- und Gesundheitswesen, nirgends könne – so Qaddafi – auf die Stimme und die Arbeit der Hälfte der Gesellschaft verzichtet werden. Die Öffnung dieser Bereiche für Frauen wurde deshalb von der Revolutionsführung massiv und erfolgreich betrieben, die in dieser Hinsicht (zusammen mit der tunesischen Staatsführung) in Nordafrika eine Vorreiterrolle einnimmt.

Aus regionaler Sicht ist auch die Islampolitik Qaddafis zu würdigen. Die Stellung des Islam in Libyen durchlief seit 1969 unterschiedliche und ambivalente Phasen, was auf die Intentionen Qaddafis, die ihrerseits Reaktion auf Widerstand waren, sowie den langwierigen Prozeß der Positionsbestimmung von Staat und Islam zurückzuführen ist. Qaddafi, einerseits Ideologe der DUT, unermüdlicher Propagandist des Grünen Buches und Initiator des Jamahiriya-Staats-modells, ist zugleich als Missionar seiner undogmatischen Islamkonzeption in die Rolle eines Imam, eines religiösen Erneuerers geschlüpft. Dem seit 1975 erkennbaren Streben der Revolutionsführung nach einem islamisch legitimierten, aber säkulären Staat, dessen Modernisierung und Transformation nicht durch religiöse Vorschriften eingeengt werden soll, der aber zugleich in allen Bereichen von der arabisch-islamischen Kultur und Zivilisation geprägt ist, steht die seit Ende der 70er Jahre wachsende Strömung jener gegenüber, die mittels Einführung der Scharia als Grundlage des islamischen Staates Taqlid (Nachahmung, Tradition) statt Ijtihad (Geistesanstrengung; Bereitschaft zur Revision) zur Maxime ihres Handelns machen. Aus dieser Kluft resultiert zwangsläufig die unversöhnliche Haltung der Revolutionsführung gegenüber den ab 1989 auch militärisch operierenden Islamisten, wobei die angewendeten Repressionsmaßnahmen zugleich die seit 1988 erkennbaren Ansätze zur Liberalisierung des politischen Systems wieder einengten.

Diese antiislamistische Politik der libyschen Staatsführung fand sowohl auf seiten Tunesiens als auch Ägyptens Zustimmung, die in der libyschen Position ein „Bollwerk gegen den Islamismus“ sahen, die verhinderte, daß sich ab 1992 algerische und ägyptische Islamisten via ein islamistisches Libyen verbündeten.

Die revolutionäre libysche Politik wurde aber im In- und Ausland nicht nur positiv eingestuft; Kritik gab es – aus dem Kreis der Opposition und je nach betroffener Zielgruppe – vor allem an den unterschiedlichen Varianten der hohen unproduktiven Mittelallokation. Kritisiert wurde

- der kostenintensive ideologische Messianismus in Form von umfangreicher Übersetzungs- und Publikationstätigkeit (diverse Übersetzungen des Grünen Buches und anderer Werke des Grünen-Buch-Zentrums) sowie die Veranstaltung aufwendiger Konferenzen in Libyen und im Ausland, ohne daß dieses „Marketing zugunsten der Qaddafischen Ideologie zwischen Kapitalismus und Sozialismus“ (Ghassan Salamé) bis heute einen signifikanten Widerhall außerhalb Libyens gefunden hätte;

- die gleichfalls kostspielige Rüstungspolitik, mit deren Rhythmus in den 70er und 80er Jahren weder die Lager- und Unterhaltungskapazitäten noch die Ausbildungskapazitäten Schritt halten konnten, was sich in Fällen militärischen Kampfeinsatzes (gegen die USA im Golf von Sirt in den 80er Jahren; im Tschad) als verheerend erwies;
- die panarabische Außenpolitik mit ihren immer neuen Einheits-/ Unionsansätzen (in unterschiedlicher Komposition mit Ägypten, Sudan, Syrien, Tunesien, Marokko, Tschad), für die von libyscher Seite stets hohe finanzielle Vorleistungen erbracht wurden, ohne daß die diversen Anläufe mehr als nur kurzfristigen Bestand hatten;
- das globale Engagement zugunsten von Befreiungsbewegungen mit zunehmender Ausdehnung auf terroristische Gruppen (in erster Linie palästinensische Organisationen; IRA; ETA) seit Ende der 70er Jahre im Kontext der verschärften Auseinandersetzung mit den westlichen Staaten; insbesondere das starke Engagement zugunsten palästinensischer Gruppen wie schwarzafrikanischer Befreiungsbewegungen (Angola, Mozambik, Namibia, Südafrika, Sambia) verursachte einen hohen Kapitalabfluß, ehe die Finanzkrise ab 1986 automatisch bremsend wirkte und den Blick für produktive Investitionen in Libyen stärkte.

Eine realistische Bilanz der politischen Entwicklung Libyens hat über die genannten positiven und negativen Aspekte hinaus weitere Faktoren und Elemente zu berücksichtigen. Ausgangspunkt solcher Überlegungen ist das in der Person Qaddafis zentralisierte politische System, das trotz der dargestellten internen Weiterentwicklungen Zeugnis von der Stabilität der revolutionären Herrschaft ablegt, so daß die lokalen Medien – durchaus auch mit Blick auf das regionale Umfeld – von Libyen als *dawlat al-istiqrar* (Staat der Stabilität) sprechen. Revolutionsführer Qaddafi ist nach dem Tode von König Hussain und König Hassan derzeit der dienstälteste amtierende Staatschef der arabischen Welt und neben dem Kubaner Fidel Castro der einzige Führer einer Revolution, der sich ins 21. Jahrhundert hinüber gerettet hat. Diese Langlebigkeit im Amt ist nicht nur den Umständen an sich, sondern auch der charismatischen Persönlichkeit Qaddafis,<sup>5</sup> seiner rhetorischen Begabung, seinem respektierten einfachen Lebensstil, seiner landesweiten Präsenz und seinem Kontakt zur Bevölkerung zuzuschreiben. Hinzu kommt seine politische Flexibilität, wenn es gilt, die Grundlagen der revolutionären Herrschaft zu sichern – und sei es auf Kosten der Rücknahme von ideologisch motivierten Eingriffen,<sup>6</sup> die Jahre zuvor mit großem Medieneinsatz propagiert wurden.

Unbestreitbar – und eine Durchsicht der im jährlich herausgegebenen *Nationalen Register* (al-sijill al-qawmi) gesammelten Reden Qaddafis bestätigt diesen Eindruck – ist das Anliegen Qaddafis, Libyen zu entwickeln, Armut, Unterentwicklung, Ausbeutung und Unterdrückung zu beseitigen. Dieses Motiv war schon vorhanden, als sich Qaddafi während seiner Schulzeit in Sabha erstmals politisch engagierte, und rückte nach der Machtübernahme am 1.9.1969 noch stärker in den Vordergrund. Qaddafi mußte indes wie Castro die Erfahrung machen, daß es leichter ist, eine Revolution (im Sinne von

---

<sup>5</sup> Der amerikanische Politologe Michael C. Hudson schreibt in seinem Standardwerk: Arab Politics. The Search for Legitimacy (New Haven/London: Yale University Press 1977) bis heute gültig: „No leader since Nasir has exerted such charisma among ordinary Arabs“ (S. 321).

<sup>6</sup> Ghassan Salamé nennt diesen Vorgang in seinem Interview in Le Monde (Paris, 5.9.1999) „réorientation permanente“.

Machtwechsel) durchzuführen, als in einer Gesellschaft eine Entwicklungsrevolution in Gang zu setzen.<sup>7</sup>

Diverse Karikaturen von Muhammad al-Zwawi,<sup>8</sup> Libyens berühmtesten Karikaturisten, aus den 70er Jahren belegen dies genauso wie jene Reden Qaddafis, in denen er Phlegmatismus, Laxheit, Unflexibilität usw. geißelte. Reden wie jene vom 15.4.1973 (Aufruf zur Volksrevolution) und die (durchaus experimentierfreudigen)<sup>9</sup> Umgestaltungen des politischen Systems waren Versuche, solche Mißstände zu überwinden, ohne daß dies jedoch den angestrebten Erfolg hatte. Dies zum einen, weil das Ziel der Herausbildung des „neuen Menschen“ – wie es in der DUT formuliert ist – an sich vermessen war, zum anderen jedoch, weil Qaddafi als Initiator der permanenten Revolution von oben die Bevölkerung, die Jamahir, entgegen der Theorie als Objekte, nicht als Subjekte der Revolution sah, die auf das Ziel der Entwicklungsrevolutionen kursbestimmenden Einfluß hätten ausüben können. Das schloß nicht aus, daß sich Qaddafi immer wieder selbstkritisch mit dem Entwicklungsverlauf und der Arbeit von Organisationen auseinandersetzte, sich z.B im Herbst 1998 enttäuscht von der Arbeit der Revolutionskomitees zeigte, die „weder die (Mobilisierungs-)Ziele, die am Anfang ihrer Gründung standen, noch die Umsetzung der Hoffnungen unseres Volkes verwirklichen konnten“.<sup>10</sup>

Das politische System bzw. das auf legislativen Volkskonferenzen und exekutiven Volkskomitees basierende direktdemokratische Jamahiriya-Staatsmodell, das den Kern des ideologischen Sendungsbewußtseins Qaddafis ausmacht,<sup>11</sup> verdient eine gesonderte Betrachtung. Libyen ist zwar formal eines der wenigen Länder, in denen das politische System durch direktdemokratische Strukturen geprägt ist,<sup>12</sup> doch kann die Praxis in Libyen nicht empirisch und argumentativ für oder gegen die Funktionsweise direkter Demokratie als politisches Organisationsmuster herangezogen werden, da das Modell der direkten Demokratie in Libyen nie interventionsfrei vom Revolutionssektor (Qaddafi, Revolutionsführung; Revolutionskomitees) agieren konnte. Die Präsenz der Revolutionskomitees vor Ort verkürzte die freiheitlichen Optionen direkter Demokratie auf eine „Intervalldemokratie“, deren Grenzen zwar im Zeitablauf variabel, aber stets vorhanden waren/sind und deren Überschreiten als konterrevolutionäres Handeln sanktioniert wurde/wird. Das System direkter Demokratie funktionierte in Libyen dabei umso besser, je weniger „politisch“ die Tagesordnungspunkte waren, die von den Teilnehmern an den Basisvolkskonferenzen auf ihren drei regulären Sitzungsperioden pro Jahr diskutiert wurden. Die von der Organisationsspitze, dem Generalsekretariat der AVK, erstellte Tagesordnung bot zugleich ein breites Feld für Manipulation, konnten doch wichtige Diskussions- und Abstimmungspunkte gänzlich unterdrückt werden (wie die Intervention der libyschen Streitkräfte im Tschad) oder umstrittene

---

<sup>7</sup> So Castro im Februar 1999 vor den 4.000 Delegierten des lateinamerikanischen Lehrerkongresses, in: L'Orient-le Jour, Beirut, 8.2.1999 (Que c'est difficile une révolution).

<sup>8</sup> Vgl. z.B. die Karikaturen in: Faath/Mattes/al-Warfalli 1984: 99-101, 117.

<sup>9</sup> Diese Experimentierfreudigkeit einschließlich der Umsetzung der Leitsätze des Grünen Buches Teil II ist in Abhängigkeit von den seit Mitte der 70er Jahre drastisch ansteigenden Erdöleinnahmen zu sehen.

<sup>10</sup> Vgl. Arabies, Paris, September 1998: On prend les mêmes et on recommence.

<sup>11</sup> Die Gründung der libyschen Jamahiriya 1977 als erstem „Volksmassenstaat der Welt“ sollte nach dem Zeitalter der Monarchien und der Republiken zu jenem Zeitalter überleiten, in dem Volksmassenstaaten dominieren. Eine derzeit morgens im libyschen Fernsehen laufende Sendung hat vor diesem Hintergrund den Titel: Sabah al-khair awwal jamahiriya (Guten Morgen, erste Jamahiriya).

<sup>12</sup> Vgl. als aktuellen Überblick Bruno Kaufmann: Die Welt der direkten Demokratie. Ein Überblick, in: Die Zeit, Hamburg, Nr. 51, 16.12.1999: 47.

Tagesordnungspunkte trotz lokalem Widerstand immer wieder plaziert werden, bis ein zustimmendes Votum durchgesetzt werden konnte. Demokratie als Ungewißheit bei der politischen Willensbildung war folglich kein von der Revolutionsführung akzeptiertes Prinzip.

Das libysche Modell direkter Demokratie weist über die funktionshemmende permanente Interventionsbereitschaft des Revolutionsektors hinaus jenes Defizit hinsichtlich seiner Repräsentativität auf, das generell diesem Partizipationsmodell anhaftet. Der von Qaddafi intendierte hyperaktive Partizipationsstaat neuer, politisch bewußter Menschen war in Realität als Folge des dem Rätmodell immanenten Permanenzproblems<sup>13</sup> stets nur eine Fiktion seines Idealbildes. Das offensichtliche Abwesenheitsproblem, das bereits die Funktionsweise der Einheitspartei ASU (Gültigkeit von Beschlüssen nur bei Mindestteilnahme von 50 % der Parteimitglieder) 1975 torpedierte, weil in manchen Bezirken die Abwesenheitsrate bis zu 75 % betrug (vgl. Tabelle Bleuchot/Monastiri 1978: 179), setzte sich auch nach Umgestaltung der Parteistrukturen der ASU in jene der Basisvolkskonferenzen fort, so daß – trotz fehlender exakter empirischer Daten, aber aufgrund eigener Anschauung – davon ausgegangen werden kann, daß u.a. wegen Zeitproblemen, Ermüdungserscheinungen und der Kontrollmaßnahmen nur eine (aktive) Minderheit jeweils an den regulären und außerordentlichen Sitzungen der Basisvolkskonferenzen teilnimmt und entsprechende Resolutionen faßt.<sup>14</sup> Das gilt allerdings nicht für die Tagungen der Sha‘biya-Volkskonferenzen und die Allgemeine Volkskonferenz, da deren Mitglieder gewählte Delegierte der jeweils nachgeordneten Ebenen sind.

Die demokratische Funktionsweise des libyschen Konferenzsystems ist aber noch durch weitere Faktoren konditioniert bzw. belastet:

*Erstens* durch die starke Ausprägung der „sozialen Wurzeln“ besonders in ländlichen Gebieten, d.h. die dort nach wie vor deutliche Dominanz von Stämmen und Großfamilien; im Falle von Widerständen gegen bestimmte administrative Maßnahmen führte dies zu mehrfacher politisch motivierter Verwaltungsneugliederung der lokalen Entscheidungseinheiten (Mahallat, Furu‘ al-baladiyat usw.) durch Teilung oder Zusammenlegung; zugleich erhöhte die Dominanz von Stämmen und Großfamilien die Anfälligkeit des Volkskonferenzen-Volkskomitee-Systems für informelle Verhaltensweisen bei der Bestellung von Kadern (Führungssekretariate der Basisvolkskonferenzen; Mitglieder in den Volkskomitees).<sup>15</sup>

*Zweitens* durch den hohen Koordinierungsaufwand zwischen Basisstrukturen und nationaler Ebene,<sup>16</sup> verbunden mit immenser Reisetätigkeit der mehreren Tausend Delegierten bei Tagungen der AVK (in den 90er Jahren überwiegend im neuen Konferenzzentrum in Sirt) oder der Allgemeinen Sektoralen Volkskomitees, wenn aus

---

<sup>13</sup> Vgl. hierzu Bernbach, Udo: Theorie und Praxis der direkten Demokratie. Opladen: Westdeutscher Verlag 1973 (bes. 13-32: Organisationsprobleme direkter Demokratie).

<sup>14</sup> Dadurch tritt faktisch jener Zustand ein, den Qaddafi im Grünen Buch dem Parlamentarismus vorwirft, daß nämlich nur ein Teil der Bevölkerung Entscheidungen für die Gesamtheit fällt. Vgl. Grünes Buch 1985: 10-14.

<sup>15</sup> Auch hier gilt: Trotz der Ablehnung einer politischen Rolle von Stämmen in der Gesellschaft gemäß Grünem Buch Teil III bewirkte die seit den 90er Jahren zu beobachtende Retribalisierung, d.h. der verstärkte Rückgriff der Mitglieder der Revolutionsführung auf ihre Stämme zur Sicherung ihrer Machtbasis, daß sich auch an der Basis das Handeln entlang tribaler/familiärer Linien verstärkte.

<sup>16</sup> Auf bestehende Kompetenzprobleme innerhalb der hierarchischen Struktur, Ursache für viele administrative Reorganisationen, sei hier nur am Rande verwiesen.

den rund 1.500 Mahallat die entsprechenden Delegierten bzw. Volkskomiteemitglieder zusammenkamen.

*Drittens* durch die Farce der Macht- und Funktionsverleugnung durch Revolutionsführer Qaddafi, der de facto kraft revolutionärer Legitimität die höchste Entscheidungsgewalt darstellt; wie zuletzt im Fall der Auslieferung der beiden verdächtigen Lockerbieattentäter äußert Qaddafi – manchmal in beinahe koketter Manier –, daß er über kein Amt und ergo keine Entscheidungsbefugnisse in Libyen verfüge, sondern allein die Basisvolkskonferenzen zu entscheiden hätten. Qaddafi exemplarisch in diesem Sinne in seinem berühmt gewordenen Interview mit Hamid Barrada 1984:

„Das System der Jamahiriya ist einfach: Volkskonferenzen und Volkskomitees, nichts anderes. Es gibt keine (traditionelle) Regierung, kein Herrschaftsinstrument, keinen anderen Apparat dieser Art. Die Möglichkeit ihrer Existenz wurde an der Wurzel ausgemerzt. Alle Entscheidungen, strategisch oder nicht, werden einzig von den Volkskonferenzen getroffen. Das Zentrum, das alle Entscheidungen trifft und alle Eventualitäten vorausplant, sind die Volkskonferenzen.“<sup>17</sup>

Die Realität sieht jedoch ganz anders aus und entspricht eher der sich über die Jahre hinweg kontinuierlich verstärkenden Präsenz Qaddafis im Straßenbild, wo dessen Konterfei große Plakatwände und seine Aussprüche Banderolen en masse zieren. Qaddafi, der verfassungstextlich keine Funktion innehat und außerhalb des Herrschaftssektors steht (vgl. Schaubild Kapitel 4.2.), ist dennoch derjenige, der ausländische Staatschefs,<sup>18</sup> Minister, Wirtschaftsdelegationen usw. empfängt und sich im Namen Libyens in den internationalen Medien äußert,<sup>19</sup> der innenpolitische Diskussionen anstößt, aber auch eigenmächtige Entscheidungen fällt oder Entscheidungen des Herrschaftssektors – wie zuletzt im Februar 1999 bezüglich der Modifikation des Heiratsgesetzes oder im Januar 2000 bezüglich des neuen Haushaltsentwurfs – aufhebt. Dieser Entscheidungszentralismus führte zwangsläufig dazu, daß untere Ebenen die kodifizierte dezentralisierte Entscheidungsfindung ignorieren und vor Beschlüssen erst um Rückversicherung bei höheren Instanzen nachsuchen.<sup>20</sup> Eine in der Tradition der klassischen Bai`a (Herrscherhuldigung) stehende Variante dieser „Revolutionskonformität“ sind die bei nahezu allen Veranstaltungen verfaßten hagiographischen Telegramme, die von den Veranstaltern an Revolutionsführer Oberst Qaddafi gesandt werden, in denen sie seine „wegweisende Rolle für die Etablierung der Volksherrschaft“ usw. lobpreisen.

*Viertens* durch die Konzeption direkter Demokratie unter explizitem Ausschluß der Möglichkeit, daß sich die Bevölkerung zivilgesellschaftlich organisieren und für ihr jeweiliges Anliegen lokal, regional oder national in den Basisvolkskonferenzen meinungsbildend engagieren können. So wie der kubanische Einparteiensstaat seinem Selbstverständnis nach pluralistisch ist und dafür der Begriff *pluralismo singular* geprägt wurde, so ist auch die Jamahir-Gesellschaft auf individualisierter Ebene im Rahmen der

<sup>17</sup> Vgl. Kadhafi: „Je suis un opposant à l'échelon mondial“. Entretiens avec Hamid Barrada, Lausanne/Paris: Favre/ABC 1984, 231 S.; hier: 72. Ein aktuelles Beispiel lieferte Qaddafi im Juni 1999, vgl. Arab News, Jidda, 23.6.1999: I'm out of power.

<sup>18</sup> Selbst seinen eigenen Vorschlag vom 12.2.1979 kurz vor der Verabschiedung der *Trennung von Revolution und Herrschaft* ignorierte Qaddafi damit. Damals äußerte Qaddafi bezüglich der Kompetenzenneuverteilung: „Wenn ein Revolutionsführer in die Jamahiriya kommt, wird er von der revolutionären Führung empfangen, und kommt jemand, der durch eine Wahl in sein Amt gelangte, so wird er von seiten eines Komitees empfangen, das von den Volksmassen gewählt wurde.“ (SQ 1978/1979)

<sup>19</sup> Vgl. seine Reden und Interviews im SQ; vgl. auch Jeune Afrique, Paris, 16.11.1999: Kaddafi et la presse.

<sup>20</sup> Entscheidungsträger der lokalen dezentralisierten politisch-administrativen Einheiten haben der Dualität der Systemstruktur und der damit einhergehenden Vielfalt an Autoritätszentren folgend sowohl auf den Revolutionssektor als auch auf die verschiedenen Machtzentren des Herrschaftssektors (Allgemeine Volkskonferenz; Generalsekretariat der Allgemeinen Volkskonferenz; Allgemeines Volkskomitee) Rücksicht zu nehmen.

tolerierten Intervalle pluralistisch, ohne indes über das Recht zur Vereinigung dissidenter Meinungen in nichtstaatlichen Organisationen zu verfügen und damit ein Gegengewicht aufbauen zu können. *Vereinigungsverbot* und *Medienzugangskontrolle* machen die Jamahir-Gesellschaft folglich zu einer „stummen“ Gesellschaft, was an Montesquieu denken läßt, der bereits im 18. Jahrhundert in seiner hellsichtigen Art und Weise formulierte:

„Quand dans un Etat, vous ne percevez le bruit d'aucun conflit, vous pouvez être sur que la liberté n'y est pas.“

Insofern im libyschen Staatsmodell der sich selbst repräsentierenden Volksmassen formierte Gegengewalt und legalisierte Opposition keine Existenzberechtigung haben, wird selbst friedlich artikulierter Dissens zum konterrevolutionären Akt, dessen weiche oder rigide Verfolgung vom innen- wie außenpolitischen Kontext diktiert wird.<sup>21</sup>

Allerdings ist zu konstatieren, daß sich gegenwärtig Opposition innerhalb Libyens nur punktuell manifestiert, die günstige bzw. sich verbessernde wirtschaftliche Lage keinen Auftakt zur Gegenrevolution befürchten läßt, zumal die Anzahl derjenigen, denen die Revolution rechtliche Besserstellung, materielle Vorteile und sozialen Aufstieg brachte, groß ist und keine signifikanten regionalen Disparitäten für Unmut sorgen. Die – vor allem im regionalen Vergleich – gute materielle Ausgangsbasis war aber nie alleine Grundlage für das Maß an Zufriedenheit der Bevölkerung mit der politischen Führung. Die Zielgruppen autoritärer Eingriffe in das politische und wirtschaftliche Gefüge Libyens, ob Militärs, Beamte, Studenten, Unternehmer oder Religionsgelehrte, alle haben zwangsläufig gegen einengende ideologische Eingriffe opponiert, mehr Mitbestimmung, Demokratie, Gewährleistung bürgerlicher Freiheiten und Raum für private Initiativen in Politik, Wirtschaft und Gesellschaft gefordert.

Diese Opposition gegen das starre Prokrustesbett der Revolution wird – verstärkt durch den sich akzentuierenden Generationenwechsel – auch in Zukunft anhalten, was abschließend zur Frage nach der Zukunft der libyschen Revolution überleitet.

Die Zukunftsaussichten der libyschen Revolution sind eng an die Wandlungskapazitäten der Staatsführung gekoppelt, wobei sich diese Kapazitäten auf einen realen, Dissens zulassenden Wandel beziehen und nicht lediglich auf Anpassungen des politischen Systems an zeitbezogene oder machtsichernde Erfordernisse. Revolten oder Revolutionen können, dürfen (um ihrer Wirkung willen) nicht permanent sein. Die Revolte/Revolution als Dauerzustand erbrächte – so Rüdiger Görner in seinem Essay *Widerstand und Hoffnung* – „keine Umwälzungen mehr, sondern nur noch Umdrehungen, ein beständiges In-sich-kreisen“.<sup>22</sup> Die Gefahr einer institutionalisierten, ja mumifizierten Revolution in Libyen ist im Zeitablauf der letzten drei Dekaden umso größer geworden, je älter einerseits die machtbesitzende kollektive Revolutionsführung wurde, der andererseits als Folge des hohen Bevölkerungswachstums eine immer größere Anzahl von Jugendlichen und jungen Erwachsenen gegenübersteht, die nichts anderes als die Revolutionsepoche kennen, die ihre Situation nicht mehr an der Sanuszeit messen und folglich die sozioökonomischen Errungenschaften der Revolution positiv bewerten, sondern im Zeitalter der Globalisierung ihre häufig von Arbeitslosigkeit und Langeweile geprägte Situation mit jener von Jugendlichen/jungen Erwachsenen in Europa und den

---

<sup>21</sup> Die Repression ist gegenwärtig selektiver, das System „toleranter“ geworden, die Revolutionskomitees treten mit nur geringem Profil in Erscheinung und die Reinigungskomitees sind Einschüchterungsinstrumente, die nur spezifische Bevölkerungsgruppen zu fürchten haben; das heißt aber nicht, daß das Regime die Organisierung aktiver Opposition tolerieren würde – in einem solchen Fall würde sofort eingegriffen werden.

<sup>22</sup> In: Die Welt, Berlin, 27.11.1999.

USA vergleichen.<sup>23</sup> Der Beitrag von Afshin Molavi *Iran youth want to have fun* in der *International Herald Tribune* vom 29.12.1999 kann auf libysche Verhältnisse übertragen werden, wo der Tenor der meisten Jugendlichen gleichfalls lautet: „We just want to do what other young people have the right to do.“<sup>24</sup>

Die Aussichten auf einen grundlegenden liberalisierenden oder gar demokratischen Wandel scheinen allerdings gering, solange Qaddafi in seiner Funktion als Revolutionsführer, als oberster politischer Entscheidungsträger fungiert, solange Libyen eine Jamahiriya bleibt, in der die revolutionäre Legitimität nicht angetastet werden darf<sup>25</sup> und folglich bislang auch kein Prozeß in Gang gesetzt wurde, um revolutionäre Legitimität in zwangsläufig kompetitive Leistungslegitimität zu transformieren.<sup>26</sup> Das heißt nicht, daß die Revolutionsführung grundsätzlich wandlungsunfähig war und ist. Die bislang davon betroffenen Bereiche waren jedoch weitgehend außenpolitischer Natur. Die Herstellung gutnachbarschaftlicher Beziehungen zu allen Anrainerstaaten seit 1990, die Bemühungen um einen außenwirtschaftlichen Neuanfang nach Aussetzung der UNO-Sanktionen im April 1999,<sup>27</sup> die spätestens beim Besuch des italienischen Premierministers D'Alema in Tripolis Anfang Dezember 1999 öffentlich vollzogene Abkehr vom Terrorismus,<sup>28</sup> die ansatzweise positive Reaktionen bei der US-Administration auslöste und die Voraussetzungen für die Normalisierung der seit den 70er Jahren, vor allem jedoch seit der Präsidentschaft von Ronald Reagan gespannten Beziehungen verbesserte,<sup>29</sup> legen von dieser Fähigkeit zum Wandel Zeugnis ab.

Der von der *Washington Post* angesichts dieser Entwicklungen rhetorisch gestellten Frage „A changed Ghadafi?“ ist folglich partiell zuzustimmen, doch schließt der Wandel bislang (und wohl auch in naher Zukunft) die Innenpolitik aus, weil der Wille und die Fähigkeit zur Umgestaltung des politischen Systems Grenzen hat. An den Grundstrukturen des Systems änderte sich in den letzten Dekaden trotz aller Veränderungen nichts; d.h., eine nur historisch legitimierte Revolutionsführung, weder gewählt noch abwählbar, determiniert durch direkte Steuerung über die Medien und Revolutionskomitees die Marge der Selbstbestimmung des libyschen Volkes in den Volkskonferenzen und wird deshalb auch weiterhin Anlaß für politische Opposition

---

23 So kann man im Gespräch mit Jugendlichen in der Altstadt von Tripolis durchaus Meinungen hören wie: „Qaddafis Herrschaft ist nur eine kurze Periode in der langen Geschichte Libyens, die vorübergeht.“

24 Vgl. hierzu auch Neue Zürcher Zeitung, Zürich, 30.9.1999: Libyens Jugend schielt nach dem Westen. Konsumwünsche unterhöheln Ghadhafis beduinische Ideale.

25 Am 9.3.1990 verabschiedete die Allgemeine Volkskonferenz ein sogenanntes *Revolutionary Legitimacy Document* (Text: SWB, 13.3.1990); dort heißt es u.a. „Revolutionary legitimacy, which is embodied in the brother leader of the revolution, is based upon the natural law of the revolution and therefore it is solely and inalienably his right because he is the brain and the symbol of the revolution. Thus, such a right cannot be opposed or withdrawn. [...] Revolutionary legitimacy, which is embodied in the brother Colonel and the brother leader, does not extend over the popular masses in Libya alone but beyond them to all those throughout the world who are thirsty for freedom, revolution and emancipation. Therefore, the masses of the basic people's congresses re-affirm the brother leader's humanitarian and revolutionary role and will be very glad to see the pioneer of the first revolution representing their causes at international organisations. [...]

The masses of the basic people's congresses, while reaffirming the above, understand clearly that revolutionary legitimacy was not their gift [to Qadhafi] but rather deserved recognition for the good work of an international revolutionary, whose glorious deeds are recognised throughout Arab world and internationally. History will look back at his ideas and actions, recognising him as the creator of new era in which corrupt regimes will fall and exploitation and repression will end.“

26 Vgl. zu diesem Aspekt auch die pointierten Ausführungen von Mohamed Sid-Ahmed zur Transformation Ägyptens von einem revolutionären zu einem konstitutionellen Staat, in: al-Ahram Weekly, Kairo, 5.8.1999: On state legitimacy.

27 Vgl. [www.listbot.com/archive/libyanews](http://www.listbot.com/archive/libyanews) (13.12.1999; Libya seeks new beginning).

28 Vgl. hierzu The Egyptian Gazette, Kairo, 3.12.1999: Libya vows to help fight terrorism; L'Orient-le Jour, Beirut, 4.12.1999: Tripoli tourne le dos au terrorisme.

29 Vgl. L'Orient-le Jour, Beirut, 2.12.1999: Washington adresse un satisfecit inhabituel à Tripoli; vgl. [www.listbot.com/archive/libyanews](http://www.listbot.com/archive/libyanews) (3.12.1999: Ghadafi denounces terrorism).



geben. Wenn also abschließend festgestellt werden kann, daß in Libyen derzeit durchaus politischer Handlungsbedarf besteht, so ist auf der anderen Seite festzuhalten, daß die Entscheidung über Umfang und Inhalt von Veränderungen in erster Linie Sache der *libyschen* Staatsbürger ist.